



Die Geschichte der Nordliberalen

"Die Freie Demokratische Partei ist die politische Kraft des Liberalismus in Schleswig-Holstein. Sie setzt sich für das Prinzip Freiheit und die Selbstbestimmung des Einzelnen in der Gesellschaft ein."

Am 7./8. Januar 1946 wurde in Opladen die FDP in der Britischen Zone gegründet. Dies geschah ohne Wissen und Beteiligung der "Liberalen Kreise" in Schleswig-Holstein, ein Nachweis für die schwierigen Kommunikationsverhältnisse in der damaligen Zeit. Inhaltlich hatte sich die FDP auf zentraler Ebene mit ihren "Programmatischen Richtlinien", die Anfang Februar 1946 verabschiedet wurden, für ein föderal gestaltetes Deutschland in den "Vereinigten Staaten von Europa" ausgesprochen. Man bekannte sich ausdrücklich "zu persönlicher Initiative, freiem Wettbewerb, persönlichem Eigentum".

Bereits im Sommer 1945 hatten sich in verschiedenen Kreisen des Landes erste Gruppen gebildet, die die Gründung einer liberalen Partei in der Nachfolge der DDP (Deutsche Demokratische Partei) und der DVP (Deutsche Volkspartei) versuchten. Es gab zahlreiche Kontakte und Konferenzen, die allerdings nicht zu einer Gründung einer bürgerlichen liberalen Partei in Schleswig-Holstein führten. Die ursprüngliche Verbindung an die "Demokratische Union", aus der sich später die CDU in Schleswig-Holstein entwickelte, wurde gelöst.

Ein Kreis Pinneberger Liberaler um den Elmshorner Industriellen Peter Christel Asmussen entwickelte sich schließlich zur treibenden Kraft. Der 28. März 1946 gilt als Gründungsdatum des Landesverbandes der FDP in Schleswig-Holstein.

Auf der Gründungsversammlung in Neumünster wurde Peter Christel Asmussen zum ersten Vorsitzenden gewählt. Die offizielle Zulassung durch die englischen Militärbehörden in Kiel datiert vom 14. Mai 1946.

Der provisorische Vorstand betrieb zunächst die Zulassung von sechs Kreisparteien im Land in den Kreisen, Eiderstedt, Pinneberg, Segeberg, Steinburg, Süderdithmarschen und der Stadt Kiel. Er amtierte bis zum ersten ordentlichen Landesparteitag der FDP-Schleswig-Holstein am 26. November 1946 in Neumünster. Dort wurde Peter Christel Asmussen offiziell in das Amt des Vorsitzenden gewählt. Damit war die Gründungsphase des Landesverbandes der FDP-Schleswig-Holstein abgeschlossen.

Die Ernüchterung folgte mit der ersten Landtagswahl am 20. April 1947. In dieser ersten demokratischen Wahl nach der Nazidiktatur konnte der schleswig-holsteinische Landesverband der FDP knapp 5 % der Stimmen für sich verbuchen, allerdings wurde kein Direktmandat errungen, wie es das Wahlgesetz in Schleswig-Holstein verlangte. Damit waren die Nordliberalen im ersten Landtag nicht vertreten, im Gegensatz zu den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, die am gleichen Tag mit 13 bzw. 12 Abgeordneten den Sprung in ihre Landesparlamente geschafft hatten.

Die Parteiführung auf zentraler Ebene reagierte mit deutlicher Kritik am Landesvorstand auf das Ergebnis in Schleswig-Holstein. Am Ende stand schließlich der Wechsel im Landesvorsitz. Fritz Oellers, Mitglied des Wirtschaftsrates in Frankfurt und Vorsitzender des Flüchtlingsrates in der britischen Zone wurde am 29. Januar 1947 zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Peter Christel Asmussen blieb als Ehrenvorsitzender Mitglied des Landesvorstandes.

Mit der Neuwahl arbeitete der Vorstand mit neuem Schwung. Bei der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 erreichte die Nord-FDP einen Stimmenanteil von 7,4 Prozentpunkten und stellt zwei von insgesamt 23 Abgeordneten aus Schleswig-Holstein. Schließlich wurde am 12. September 1949 Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten gewählt.

Im Vorfeld war die zweite Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Jahre 1950 war gekennzeichnet von dem Bemühen der bürgerlichen Parteien, die Vorherrschaft der Sozialdemokraten im nördlichsten Bundesland zu beenden. Es wurde ein "Wahlblock" aus CDU, FDP und DP (Deutsche Partei) gebildet. Die FDP erhielt in 9 Wahlkreisen die Möglichkeit, ihre Kandidaten aufzustellen,; 8 Kandidaturen verliefen erfolgreich. Der Stimmenanteil betrug dabei 7,1 Prozentpunkte. Insgesamt gewann der "Wahlblock" 31 von 69 Direktmandaten. Nachdem die Koalitionsverhandlungen mit dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) erfolgreich abgeschlossen worden waren, war mit der Wahl des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Bartram die erste liberale Regierungsbeteiligung in Schleswig-Holstein perfekt. Das Amt des Ministers für Wirtschaft, Aufbau und Verkehr wurde mit liberalen Abgeordneten Dr. Herrmann Andersen besetzt.

Die Jahre der ersten Regierungsbeteiligung waren turbulent. Im Jahr 1952 zerfiel die achtköpfige FDP-Fraktion Im Zuge der Gründung des "Deutschen Sammlung" (DS) traten vier Fraktionsmitglieder aus. Kurzzeitig verlor die FDP-Landtagsfraktion sogar ihren Fraktionsstatus. Vier der acht Fraktionsmitglieder traten im Verlauf des Jahres 1953 zur CDU über.

Nach 1954 folgten vier Legislaturperioden in denen die FDP an der Landesregierung in Kiel beteiligt war. Bei Stimmanteilen von 7,5 (1954), 5,4 (1958), 7,9 (1962) und 5,9 Prozentpunkten (1967) ging die FDP Koalitionen mit der CDU ein. Mit dieser Zeitspanne ist aus liberaler Sicht vor allem der Name von Bernhard Leverenz verbunden. Von 1952 bis 1963 war er Landesvorsitzender der Nordliberalen. Als Justizminister des Landes Schleswig-Holstein (1954 - 1967) baute sein Ministerium zu einem umfassenden Rechtspflegeministerium aus und modernisierte umfassend den Strafvollzug. Im Kabinett von Kai-Uwe von Hassel hatte er das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten inne (1958 - 1962).

Nach einer 3-monatigen Minderheitsregierung der Union zu Beginn des Jahres 1963, die vor allem darauf zurückzuführen war, dass man sich zwischen Union und FDP nicht über die Besetzung der Ressorts einigen konnte, wurde Hans-Helmuth Qualen als Finanzminister unter Helmut Lemke ins Landeskabinett berufen. Erstmals stellten damit die Nordliberalen zwei Landesminister.

Auf Bundesebene amtierte seit 1966 die große Koalition. Die kleine Oppositionspartei FDP öffnete sich zusehends zur linken Mitte hin. Diese Entwicklung vollzog sich in Schleswig-Holstein jedoch nur sehr langsam.

Politisch-inhaltlich wurde diese Umorientierung vor allem in den neuen Initiativen zur Bildungspolitik deutlich. Im Februar 1969 brachte die liberale Landtagsfraktion unter Federführung ihrer Abgeordneten Magarethe Weiß ein ganzes Bündel von Reformvorschlägen für das Bildungswesen ein. Sie beinhalteten unter anderem Vorschläge zu Vorschulen, zu unterschiedliche differenzierten Grund- und Mittelstufen und zur Studienstufe. Die Erweiterung der elterlichen Mitbestimmung in den Schulen wurden von der FDP ebenso auf die Tagesordnung gesetzt, wie die Reform der Fachhochschulen und der Universitäten.

Entscheidendes Datum für die Umorientierung der Liberalen auch in Schleswig-Holstein war indes die Bildung der sozial-liberalen Koalition in Bonn.

In der Folgezeit stiegen auch die Spannungen im nördlichsten Landesverband der FDP . Zwar hielt man an der Koalition mit der Union fest, beschloss jedoch im Oktober 1970

zur bevorstehenden Wahl mit knapper Mehrheit eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD.



Die Vorsitzenden der FDP-Schleswig-Holstein in den letzten 35 Jahren (von links nach rechts): Jens Ruge (1988-89), Uwe Ronneburger (1970-1983), Jürgen Koppelin (1993-heute), Werner Zywiets (1983-85), Wolfgang Kubicki (1989-1993), Wolf-Dieter Zumpfort (1985-88).

Seit Januar 1970 versuchte der neue Landesvorsitzende der Nordliberalen, Uwe Ronneburger, ein Repräsentant der Mitte, vor dem Hintergrund wachsender Spannungen den Landesverband intakt zu halten. Der öffentlich ausgetragene Konflikt blieb nicht ohne Wirkung. Am Wahlabend, dem 25. April 1971 verbuchte die FDP einen Stimmenanteil von 3,8 Prozentpunkten und zog damit erstmals seit 1950 nicht in den Schleswig-Holsteinischen Landtag ein.

Das tat jedoch der politischen Arbeit keinen Abbruch. Der Austritt der letzten "Nationalliberalen" bot vielen jüngeren und neuen Parteimitgliedern die Möglichkeit für ein Engagement auf Kreis- und Ortsebene.

Inhaltlich kam dabei dem Bundesparteitag in Freiburg (Oktober 1971) hohe Bedeutung zu. Die "Freiburger Thesen" lieferten das programmatische Gerüst für die neue Ausrichtung der FDP .

Die sich einstellenden Wahlerfolge bestätigten die geleistete Arbeit. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 errang der nördlichste Landesverband mit einem Stimmenanteil von 8,6 Prozentpunkten ein Ergebnis über dem Bundesdurchschnitt. Die Mitgliederzahlen wuchsen kontinuierlich: von 2947 (1972) über 3337 (1973) bis auf 4.036 (1974). Bei der Kommunalwahl im März 1974 erzielten die Liberalen im Landesschnitt 9 Prozentpunkte. Im Kreis Segeberg sogar einen Stimmenanteil von 13,5 Prozentpunkten. Das Landtagswahlprogramm für 1975, das den Titel "Programm für Vernunft" trug, ist in der Formulierung seiner Reformziele charakteristisch für die sozial-liberalen Aufbruchsjahre der FDP im Norden.

Mit 7,1 Prozent Stimmenanteil konnte die Nord-FDP einen glänzenden Erfolg in der Landtagswahl 1975 für sich verbuchen.

Der Landesverband war konsolidiert und arbeitete auf allen Ebenen routiniert zusammen. Die Mitgliederzahl stieg auf 4995 (1978).

Ernüchterung kehrte nach der Landtagswahl 1979 ein, die der Partei einen Stimmenanteil von 5,7 Prozentpunkten bescherte. Allerdings folgte auf die Verluste ein überragendes Bundestagswahlergebnis von 12,7 Prozentpunkten im Jahre 1980. Die bundespolitischen Entwicklungen im Jahr 1982 und der nachfolgenden Zeit stellten den Landesverband indes auf eine harte Probe.

Während in Bonn die FDP die sozial-liberale Koalition verlassen hatte, beschlossen die schleswig-holsteinischen Liberalen eine Koalitionsaussage zugunsten der Nord-SPD für die im März 1983 bevorstehende Landtagswahl. Der nördlichste Landesverband war nicht gewillt die "Bonner Wende" einfach mit zu voll ziehen. Dies kam nicht zuletzt in der Kandidatur des Landesvorsitzenden der Nordliberalen, Uwe Ronneburger, gegen Hans-Dietrich Genscher um den Bundesvorsitz der Partei zum Ausdruck. Genscher wurde jedoch mit einer ausreichenden Mehrheit in seinem Amt bestätigt.

Die folgende Bundestagswahl am 6. März brachte einen Zweitstimmenanteil von 6,3 Prozentpunkten in Schleswig-Holstein; eine Woche später ging die Landtagswahl mit dem schlechtesten Ergebnis der Parteigeschichte mit 2,2 Prozentpunkten verloren. Bis Ende 1984 ging die Mitgliederzahl auf ca. 3300 zurück und erreichte damit den Stand von 1971.

So stand im Jahr 1987 die große Bewährungsprobe bevor. Die Kommunalwahl 1986 hatte mit einem landesweiten Stimmenanteil von 4,4 Prozentpunkten ein unbefriedigendes Ergebnis gebracht. Im Gegensatz zu 1983 ging die Landespartei mit einer Koalitionsaussage zugunsten der Union in den Wahlkampf.

Eine Woche vor dem Wahlabend veröffentlichte das Hamburger Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" schwere Vorwürfe gegen den amtierenden CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel, die als "Barschel-Pfeiffer-Affäre" in die politische Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik eingehen sollten.

Mit einem Wahlergebnis von 5,2 Prozentpunkten zogen die Liberalen wieder in den Landtag ein, die Union verlor ihre absolute Mehrheit, rechnerisch ergab sich eine Einstimmen-Mehrheit für eine christlich-liberale Koalition.

Die folgenden sechs Monate müssen gerade aus der Sicht der Nordliberalen als äußerst turbulent bezeichnet werden. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der vom SPIEGEL erhobenen Vorwürfe, das aus damaliger Sicht als Freitod beurteilte Ableben des Ministerpräsidenten, das allenthalben als Schuldeingeständnis gewertet wurde, führten schließlich zu Neuwahlen im Frühjahr des Jahres 1988.

Unter dem Eindruck der Affäre kam es zu dramatischen Stimmenverlusten der Union, während die Sozialdemokraten mit ihrem Spitzenkandidaten Björn Engholm, der als das Opfer der Affäre galt, eine absolute Mehrheit mit nahezu 55 Prozentpunkten erzielten. Die FDP blieb mit 4,4 Prozentpunkten erneut der Einzug ins Kieler Landeshaus versagt.

Mit einem neuen Landesvorstand unter der Führung des Kieler Rechtsanwaltes Wolfgang Kubicki, ging die Partei mit neuem Elan in die nun folgenden Wahlauseinandersetzungen.

Die Kommunalwahl 1990 brachte Stimmengewinne in Höhe von 1,7 Prozentpunkten und bescherte der Partei landesweit einen Stimmenanteil von 6,1 Prozentpunkten und 30 Sitze in den Kommunalparlamenten. In der Landtagswahl 1992, in die der Landesverband ohne förmliche Koalitionsaussage ging, erzielte man ein Ergebnis von

5,6 Prozentpunkten und sicherte so den Wiedereinzug ins Landesparlament. Die SPD konnte ihre absolute Mehrheit knapp behaupten.

Im März 1993 wurde der zweite Untersuchungsausschuss zur sogenannten "Kieler Affäre" vom Landtag eingesetzt. Der Ausschuss sollte aufklären, ob es im Zusammenhang mit der "Barschel-Pfeiffer-Affäre" Geldzahlungen an Reiner Pfeiffer sowie früheres Wissen um die Aktivitäten aus der Staatskanzlei gegen den SPD-Spitzenkandidaten Engholm gegeben hatte. Im Verlauf der Untersuchungen erklärte Ministerpräsident Engholm im Mai 1993 seinen Rücktritt. Ende 1995 kam der Ausschuss zu dem Ergebnis, dass das Führungspersonal der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten keineswegs das "unwissende Opfer" der Affäre gewesen war. In die darauffolgende Wahl im März 1996 gingen die Liberalen mit dem klaren Bekenntnis gemeinsam mit der Union, die SPD-Regierung abzulösen. Das Wahlergebnis fiel mit 5,7 Prozentpunkten geringfügig besser aus als 1992, das Wahlziel wurde jedoch nicht erreicht. Die SPD verlor ihre absolute Mehrheit und ging eine Koalition mit den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein, die 1996 erstmals in den Landtag einzogen. Es folgten vier zähe Regierungsjahre von rot-grün, die von Stillstand für Schleswig-Holstein und Streit in der Koalition vor allem um Verkehrsprojekte (Stichwort A 20) geprägt waren.

Die Landtagswahl am 27. Februar 2000 wurde erneut von einer Affäre überlagert. Bis Mitte November 1999 signalisierten alle Wahlumfragen die Ablösung der rot-grünen Koalition unter der Führung von Heide Simonis.

Die Spendenaffäre der CDU, die in den drei Monaten vor der Wahl bekannt wurde, sorgte für einen drastischen Meinungsumschwung. Während BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2 Prozentpunkte verloren, konnte die SPD über 3 Prozentpunkte zulegen und rettete damit die Koalition. Die FDP erzielte mit 7,6 Prozentpunkten ihr zweitbestes Landtagswahlergebnis in Schleswig-Holstein. Außerdem wurde mit dieser Wahl eine bundesweite Niederlagenserie von mehr als dreißig Wahlniederlagen in Folge für die FDP beendet.

Es folgten fünf Jahre Oppositionsarbeit gegen die rot-grüne Regierung unter der weiteren Führung von Heide Simonis. Im September 2002 schaffte rot-grün trotz schlechter Stimmung auf Bundesebene noch einmal den Wahlsieg: Irakkrieg und Oderflut führten zu einem kurzfristigen Stimmungsumschwung in der Wählerschaft, aber in Schleswig-Holstein war die rot-grüne Landesregierung bereits im Niedergang begriffen. Bei der Kommunalwahl im März 2003 wurden die Sozialdemokraten auf unter 30 Prozentpunkte reduziert, die Union erreichte knapp 50 Prozentpunkte und die FDP verbesserte ihr landesweites Ergebnis auf knapp 6 Prozentpunkte und zog in 11 Kreis- und Stadtparlamente ein.

Die Landtagswahl am 20. Februar 2005 brachte ein äußerst knappes Ergebnis. In der Wahlnacht ging die anfänglich knappe Mehrheit von CDU (40,2 Prozentpunkte) und FDP (6,6 Prozentpunkte) zugunsten einer Mehrheit von SPD (38,7 Prozentpunkte), GRÜNEN (6,2 Prozentpunkte) unter Tolerierung des SSW (3,6 Prozentpunkte) verloren.

Die erneute Wahl von Ministerpräsidentin Heide Simonis am 17. März im Parlament scheiterte jedoch in vier Wahlgängen. Peter Harry Carstensen, der ebenfalls zur Wahl angetreten war, konnte in allen vier Wahlgängen die 34 Stimmen von CDU und FDP auf sich vereinigen. Heide Simonis scheiterte in allen vier Wahlgängen mit ebenfalls 34 Stimmen bei einer Enthaltung. Damit wurde der Weg für die Große Koalition in Kiel bereitet und das Ende von rot-grün auf Bundesebene eingeleitet.

Wolfgang Kubicki hat in der 16. Wahlperiode das Amt des Oppositionsführers im Schleswig-Holsteinischen Landtag inne.

Im Mai, nachdem die letzte rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen aus dem Amt gewählt wurde, ließ Bundeskanzler Gerhard Schröder noch am Wahlabend Neuwahlen auf Bundesebene ankündigen, die dann im September 2005 eine Große Koalition nach sich zogen.

Der FDP-Landesverband belegte mit einem Wahlergebnis von 10,2 Prozentpunkten den vierten Platz in der Rangliste der FDP-Landesverbände und untermauerte damit seine starke Stellung auf Bundesebene.

„Ziel der zukünftigen liberalen Politik für Schleswig-Holstein ist es, wieder mehr Entfaltungsmöglichkeiten und Spielräume in der Bildung, in Wirtschaft und Verkehr, in der Kultur und in den Medien zu schaffen.

Ziel ist die "Bürgergesellschaft" in der die Leistungsfähigen und Leistungsstarken einen Teil ihrer Kraft für die Schwachen einsetzen.

Es geht den Liberalen um die Stärkung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung, damit der Staat auf seine wesentlichen Funktionen beschränkt wird."

Die Vorsitzenden der FDP-Schleswig-Holstein:
Peter Christel Asmussen (28.03.1946 - 29.01.1949)
Dr. Fritz Oellers (29.01.1949 - 06.05.1951)
Hans Revenstorff (06.05.1951 - 24.02.1952)
Dr. Bernhard Leverenz (24.02.1952 - 25.05.1963)
Otto Eisenmann (25.05.1963 - 11.01.1970)
Uwe Ronneburger (11.01.1970 - 30.04.1983)
Werner Zywietz (30.04.1983 - 20.04.1985)
Wolf-Dieter Zumpfort (20.04.1985 - 24.09.1988)
Jens Ruge (24.09.1988 - 09.09.1989)
Wolfgang Kubicki (09.09.1989 - 25.09.1993)
Jürgen Koppelin (seit 25.09.1993)

FDP Schleswig-Holstein

Russeer Weg 132

24109 Kiel

Tel.: 0431/ 535930

Fax: 0431/ 5359320

E-Mail: landesverband@fdp-sh.de

Schleswig-Holsteins Liberale im Internet - Daten, Fakten, Informationen: <http://www.fdp-sh.de>

Quelle:

"1946 - 1986: 40 Jahre Liberalismus in Schleswig-Holstein"
Gesellschaft für freiheitliche Politik e.V. (Hrsg.), 1986